

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: G. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$,
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Ehrenpflicht der Kollegen ist es, den Bezug nach Berlin streng fernzuhalten, weil unsere Kollegen dort ausgesperrt sind.

Inhaltbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, kreichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Gotha. (Telegr.) Bezug sämtlicher Holzarbeiter fernzuhalten nach Waggonfabrik Gotha.

- Bezug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Wien, Olbernhau (Paul und Gustav Reuther), Altona (Marcus & Frank), Bremen, Werleberg, Reisking (Beuner & Mary), Wrieg (Stollh);
- Kamerattischlern nach Heilbronn-Sonthem, Gbrlt;
- Stellmachern und Tischlern nach Dessau (Waggonfabrik);
- Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Barth a. d. Mühe, Adlershof (Lug);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Epenick (Gebr. Krüger & Co.), Eiberfeld, Frankfurt an der Oder;
- Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Ludenwalde, Frankfurt a. M. (Dr. Rügener), Schönlanke (C. Köppel);
- Modelltischlern nach Düsseldorf (Haberlang & Hinsen);
- Frankenthal (Kühne, Kopp & Kausch);
- Rüstentischlern nach Mägeln (Kistenfabrik Walbau);
- Politurarbeitern nach Nürnberg (Sport & Deimer);
- Korbmachern nach Merseburg (Sontag), Dresden-N. (Müller, Hechtstraße), Wernburg (Galm & Ahlfeld);
- Harmoniumarbeitern nach Leipzig-Kleinzschocher (Hofberg);
- Musikinstrumentenarbeitern nach Berlin, Siegnitz (Freytag), Eisenberg, Eiberfeld (Joch & Sohn), Osabrück (Nawi);
- Werkzeugmachern nach Elmshorn (Schlüter), Barth;
- Stuhlbanern und Polierern nach Reisking (Beuner & Mary);
- Billardquemaschinenten nach Weikensee bei Berlin;
- Stockerarbeitern nach Brüssel (Meuter).

Die Aussperrung in Berlin.

r. L. Die Aussperrung der Berliner Kollegen nimmt einen langsamen Fortgang. In den Möbeltischlereien werden zwar nur noch wenige Arbeiter entlassen, weil ja die Gesellen der in den Unternehmerorganisationen tonangebenden Firmen streifen. Dagegen sind es die Bautischlereien, in denen jetzt der Aussperrungsbeschluss zur Ausführung gelangt. In der Woche vom 7. bis 12. November sind in Berlin 166 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes ausgesperrt worden. Die Zahl der ausgesperrten Mitglieder betrug am Sonnabend, den 12. November, 919. Es sind zwar seit Beginn der Aussperrung bedeutend mehr Kollegen ausgesperrt worden, jedoch treten täglich einige in Arbeit, so daß noch 919 übrig bleiben.

Von den neuaussperrenden Betrieben treten in jeder Woche die noch in Arbeit stehenden Kollegen in den Streik ein. In der Berichtwoche legten die Kollegen der Werkstatt Siroka und der Bautischlereien Lüdtke, Gütschinerstraße, Eneluth in Nizdorf und Bogert & Kreuzer die Arbeit nieder. Am Montag, den 14. November, erfolgte die Arbeitsniederlegung in den Bautischlereien Bevesin, Tragal, Herrmann, Ghauffeststraße, und Hegelmann in Nizdorf. Auch die Einseher der Firma Lüdtke schlossen sich dem Streik an. Bei Herrn Lüdtke waren noch diesen Sommer mehrere Kollegen aus Bremen beschäftigt, die des Streiks wegen dort abgereist waren. Zum Streik kam es ferner in der Möbeltischlerei von Wianzenburg & Schnabel. Dort bestand schon seit vor der

Aussperrung die Lohngarantie bei neuen Arbeiten. Jetzt sollten die Kollegen ein Schriftstück unterzeichnen, in welchem sie sich mit der Aufhebung der Lohnsicherung einverstanden erklären, wenn der Kampf für die Arbeiter ungünstig verläuft. Die Arbeiter weigerten sich, zu unterschreiben, und legten die Arbeit nieder.

Der Firma Pfaff war es gelungen, eine Anzahl Streikbrecher anzuwerben, die auf dem Wertheimischen Bau Arbeiten aufstellten. Die Arbeiter aller Berufe, die auf dem Bau beschäftigt waren, weigerten sich, weiterzuarbeiten, wenn die Streikbrecher nicht entfernt würden. Daraufhin sind die Streikbrecher vom Bau gemieden worden.

Die Zahl der streikenden Kollegen nimmt schneller zu, als die Zahl der ausgesperrten. Aber auch von den Streikenden treten viele in andere Werkstätten in Arbeit; 87 sind Meister geworden, oder haben Genossenschaften gebildet. Streikende Tischler, die dem Holzarbeiterverbande angehören, waren in Berlin am Sonnabend, den 12. November, 1084 vorhanden. Mit den 919 ausgesperrten, den 76 streikenden und den ausgesperrten Kollegen in Weikensee und Nizdorf und den Mitgliedern der übrigen Organisationen sind am Sonnabend, den 12. November, 2656 streikende und ausgesperrte organisierte Kollegen vorhanden. Ferner befinden sich noch etwa 1600 Klavierarbeiter im Streik, die dabei nicht mit einbegriffen sind.

Die „Fachzeitung“ gibt folgende Zahlen an, die nach den auf dem Zentralbureau der Meister eingegangenen Meldungen zusammengestellt sind.

	Zahl der Entlassenen	Die Arbeit haben niedergelegt	Ga.
Möbeltischler	2183	1876	8569
Bautischler	117	71	188
Ladentischler	242	—	242
Weikensee	29	41	70
	2571	1488	4059

Zu diesen 4059 treten noch 541 Streikende aus den vor Beginn des Lohnkampfes gesperrten zwölf Betrieben, so daß die Gesamtsumme 4600 beträgt.

In der „Fachzeitung“ vom 12. November gibt sich die Redaktion große Mühe, die Meister für weiteres Aushalten zu begeistern. Zu diesem Zweck wird eine Aufrechnung der Ausgaben, die der Holzarbeiterverband bisher gemacht hat, aufgestellt. Die Fachzeitung rechnet dabei folgende Summen heraus: Streikunterstützung für 1550 Klavierarbeiter in sechs Wochen M. 167400, Streikunterstützung für 250 Tischler vor Beginn der Aussperrung M. 18000, erste Woche der Aussperrung M. 11088, zweite Woche M. 17712, dritte Woche M. 32634, vierte Woche M. 44604, fünfte Woche M. 54000, Darlehn an die Möbeltischler, deren Feiernde 700 Mann betragen sollen, M. 40000, Darlehn an die Maschinenarbeiter M. 2000, Arbeitslosenunterstützung M. 12000, in Summa M. 399438. Die laufende Unterstützung soll M. 85000 pro Woche bis zum 26. November und von da ab M. 100000 pro Woche betragen. Da der Kampf bestimmt nicht vor Mitte Januar beendet sein wird, so würde der Holzarbeiterverband bis dahin ohne jede Kampfmittel sein. Aus einem Versammlungsbericht hat die Fachzeitung erfahren, daß auch 588 arbeitslose Holzarbeiter vorhanden sind. Sie nennt es Mogelei, daß nun mit einem Male 588 Arbeitslose angegeben werden, die soeben aus der Versenkung aufgetaucht seien, nur um die Meister über die hohe Zahl der Aussperrten zu täuschen.

Die Ausführungen der „Fachzeitung“, die an diese Mittelung anschließen, sind durchaus unberechtigt. Es wird doch bei den Lesern der Fachzeitung kaum die Meinung vorhanden sein, daß zu Beginn der Aussperrung niemand arbeitslos gewesen ist. Wenn in diesem November 588 Arbeitslose auf dem Nachweis des Holzarbeiterverbandes eingetragen sind, so erreicht diese Zahl nur dieselbe Höhe wie im November des Vorjahres. Es gab

auch schon Zeiten, in welchen vielmehr Mitglieder arbeitslos waren, trotzdem die Mitgliederzahl kaum zwei Drittel der jetzigen betrug. Selbst in der besten Geschäftskonjunktur betrug die durchschnittlich niedrigste Zahl der Arbeitslosen 800. Uebrigens waren von den 588 Arbeitslosen nur 315, die den Tischlerberufen angehörten, die übrigen 170 verteilten sich auf Stellmacher, Härtenmacher, Korbmacher, Perlmuttarbeiter, Kammmacher, Hobenleger usw., also auf Branchen, die mit der Aussperrung gar nichts zu tun haben. Wenn die Fachzeitung von Täuschungen, Vertuschungen und Mogelei schreibt, so muß das Verhalten der Fachzeitung gerade mit diesen Worten bezeichnet werden. Wenn die Redaktion der „Fachzeitung“ die Abrechnungen des Holzarbeiterverbandes durchsehen würde, so könnte sie finden, daß in jedem Vierteljahr über 3000, 4000, 5000 und mehr Arbeitslose berichtet worden ist.

Um den Meistern den baldigen Untergang des Verbandes vorrechnen zu können, schreibt die „Fachzeitung“ sogar vor Täuschungen nicht zurück. Sie zitiert aus einem Versammlungsbericht die Angabe unseres Kassierers, daß bis zum Tage der Versammlung schon über M. 100000 an Unterstützungen im neuen Quartal ausgegeben worden sind. Diese Generalversammlung hat am 2. November stattgefunden. Die „Fachzeitung“ liegt aber ihren Lesern vor, in einer am 26. Oktober, also eine Woche früher, sei berichtet worden, daß in dieser Frist M. 100000 ausgegeben worden sind. Es ist immerhin schon ein Unterschied, ob M. 100000 in drei oder in vier Wochen verbraucht werden. Von dem Kassensstand von M. 326000 am 1. Oktober rechnet die „Fachzeitung“ auch noch Summen ab, die vorher, im dritten Quartal, ausgegeben sind, damit den Meistern leichter vor Augen geführt werden kann, wie schnell der Holzarbeiterverband besetzt werden kann.

Es erübrigt sich, mit der „Fachzeitung“ über die von ihr angegebenen Zahlen zu streiten, da sie ja doch von den Verantwortlichen der Arbeiterpresse keine Notiz nimmt, sondern nach wie vor bei ihren falschen Behauptungen bleibt. Nur die Arbeiter geben in ihrer Presse auch die Angaben der Unternehmer bekannt. Die „Fachzeitung“ muß wohl Ursache haben, die Berichte der Arbeiterpresse ihren Lesern zu verschweigen. Man kann aber aus den zitierten Angaben der „Fachzeitung“ erkennen, mit welchen Mitteln die Unternehmer kämpfen.

In den Versammlungen der Meister bekräftigen die Redner das Hinausziehen der Aussperrung bis zum Januar. Nach ihren Ausführungen liege ein vorzeitiger Friedensschluß gar nicht im Interesse der Arbeitgeber, denn mit jeder weiteren Woche, welche der Kampf dauert, würde ein halbes Jahr ruhiger Arbeit für die nächsten Jahre garantiert, und je länger der Streik dauert, um so vorteilhafter sei es für die Meister.

Die Meister richten sich auch tatsächlich auf einen längeren Kampf ein. Sie werben so viel Streikbrecher an, wie sie nur bekommen können. Ferner versuchen sie, Streikarbeit auswärts anfertigen zu lassen. So hat die Firma Pfaff etwa zehn Zentner geschnittenes und gehobeltes Holz nach Magdeburg verladen lassen. Zahlreiche Aufträge haben die Meister in Rücksicht auf die Aussperrung zurückgewiesen. Die auswärtige Kundschaft der Berliner Meister wird sich zum großen Teil nach Lieferanten in anderen Städten umgesehen haben, so daß auch für spätere Zeit der Berliner Möbelindustrie ein erheblicher Schaden zugefügt worden ist.

Die Berliner Möbelhändler haben in einer Versammlung am 3. November Stellung zur Aussperrung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

- Wir erklären uns mit den Tischlermeistern und Möbelfabrikanten solidarisch in dem Bestreben, die jetzigen Forderungen der Arbeitnehmer zu bekämpfen. Zu diesem Zweck werden wir
- 1. zunächst die Lagerbestellungen unterlassen;
- 2. die Ausführung der schwebenden Aufträge möglichst hinauszuschieben suchen;

8. uns gegenseitig aus unseren Lagerbeständen aus-
helfen.

Sollte der gewünschte Erfolg in kurzer Zeit nicht erzielt
sein, so sind wir zu weiteren Vereinbarungen und Maßnahmen
bereit.

Nach den Maßnahmen der Meister dürfte sich der Kampf bis
nächstes Jahr hinziehen. Die Berliner Kollegen haben sich schon
auf einen längeren Kampf eingerichtet. In einer am 10. No-
vember abgehaltenen, von 8000 Personen besuchten Vertrauens-
männerversammlung wurde der Beschluß gefaßt, den Beitrag
auf M. 1 pro Woche zu erhöhen. Ferner sollen die
ledigen Kollegen zur Abreise veranlaßt
werden. Auch die in Arbeit stehenden Kollegen, die erst im
Laufe des Jahres nach Berlin gekommen sind, sollen Berlin
verlassen. Den arbeitslosen Mitgliedern, die infolge der Aus-
sperrung keine Arbeit erhalten können, wird die Arbeitslosen-
unterstützung während der Dauer der Aussperrung fortgezahlt.
Alle diese Beschlüsse, besonders die Beitragserhöhung, wurden
mit großer Begeisterung angenommen.

Die Situation erfordert es, daß zu schärferen Maßnahmen
gegriffen wird. Durch Abreise der ledigen Kollegen wird den
Berliner Meistern ein erheblicher Teil ihrer eingearbeiteten
Kräfte entzogen. Diese werden dann die Meister in anderen
Orten reich machen helfen. Ist die Zahl der abreisenden Kollegen
groß, so wird ein großer Einfluß auf den Arbeitsmarkt aus-
geübt, so daß am Schluß des Kampfes nicht alle Stellen besetzt
werden können und die Meister dann vielfach gezwungen sind, das
zu bezahlen, was sie bei Abschluß des Kampfes nicht bewilligen
wollten. Die Abreise der ledigen Kollegen wird auch zur Ent-
lastung der Klasse beitragen, so daß der Kampf länger ausgehalten
werden kann, ohne daß sich die kämpfenden Kollegen größere
Opfer aufzuerlegen brauchen. Der Vorstand des Arbeitgeber-
schutzbundes fordert zwar seine Mitglieder auf, keinen
Gesellen mit Invalidenmarken „Berlin“ einzustellen und die
berücksichtigt eingestellten zu entlassen. Da aber die auswärtige
Arbeitskraft während der Aussperrung einen großen Teil ihrer
Aufträge am Ort selbst ausführen läßt, werden die Meister
genau Berliner Gesellen einstellen. Den auswärtigen Meistern,
die sonst gegen die Berliner Konkurrenz nicht aufkommen
können, werden die Berliner Kollegen sehr willkommen sein.

Die Kollegen im deutschen Reich müssen
uns nach Kräften in diesem Kampfe beistehen.
Sympathie-resolutionen werden die Berliner Kollegen nicht
brauchen können, damit mögen sich die Meister von ihren
Kollegen unterstützen lassen. Aber daß die von Berlin ab-
reisenden Kollegen auswärts in Arbeit gebracht werden, dabei
mögen uns die Kollegen in allen Orten behilflich sein. Wenn
aber einmal die Abgereisten von Mißgeschick betroffen werden,
erwarten wir, daß sie nicht im Stich gelassen werden. Mancher
von ihnen mag kein erprobter Kämpfer sein; dem muß unter
die Arme gegriffen werden, damit er nicht wankelmütig wird
und nach Berlin zurückkommt. Suche jeder sein Möglichstes
zu tun, dann wird auch der Kampf zum Siege führen. Pflicht
der auswärtigen Kollegen muß es auch sein, den Zugang
nach Berlin fernzuhalten, damit den Berliner
Kollegen der Kampf nicht erschwert wird. Alle gesetzlichen
Mittel sind anzuwenden, um die indifferenten Kollegen von der
Reise nach Berlin abzuhalten. Die Kollegen von ganz
Deutschland sind bei dem Kampfe in Berlin interessiert. Unter-
liegen die Berliner Kollegen, so werden die Kollegen anderer
Orte ebenfalls unter dem Druck der Scharfmacher zu leiden
haben. Erkläre jeder seine Pflicht, dann wird der Sieg nicht
ausbleiben.

Das Maßregelungs-Bureau der Berliner Holz- industriellen vor der Gewerbe-Deputation des Magistrats in Berlin.

Zu den Aufgaben der Innungen gehört nach der Ge-
werbeordnung § 81 Abs. 2:

die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen
Meistern und Gesellen (Gehilfen), sowie die Fürsorge für
das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis.

Die Berliner Tischlerinnung hat nun diese Aufgabe dahin
erfaßt, daß sie in der Alexanderstraße ein Maßregelungs-
bureau nach dem Muster des Kühnemänner-Verbandes er-
richtet hat, das diesen gesetzlichen Bestimmungen dadurch zu
entsprechen versucht, daß es die Berärgerung zwischen Mei-
stern und Gesellen in der Berliner Holzindustrie bis zur
Entschärfung gesteigert hat, indem es einer Reihe von Gesellen
das Arbeitsleben unmöglich macht, statt ihnen solche nachzuweisen.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschäftigte sich
in ihrer letzten Plenarsitzung aus diesem Anlaß wieder ein-
mal mit einer Beschwerde einer Anzahl von Tischlermeistern
gegen den Vorstand der hiesigen Tischler- (Zwangs-)
Innung. Die Beschwerdeführer führten aus, daß der von der
Innung in Verbindung mit anderen Unternehmerorgani-
sationen begründete sogenannte Arbeitsnachweis in der
Alexanderstraße 31 den gesetzlichen Bestimmungen über die
Innungsarbeitsnachweise nicht entspreche. Sie halten sich deshalb
nicht für verpflichtet, die von der Innung ausgeschriebenen
Gebühren für die Unterhaltung dieses Arbeitsnachweises zu
zahlen und fordern die Rückzahlung der Gebühren an die-
jenigen Innungsmitglieder, von denen sie zwangsweise ein-
gezogen worden sind.

Der Referent, Magistratsrat Tschow, wies darauf hin,
daß ähnliche Beschwerden einzelner Innungsmitglieder,
welche zwar nicht so ausführlich begründet wurden wie der
vorliegende Protest, von der Gewerbe-Deputation abgewiesen
worden wären; er beantragte, auch der vorliegenden Be-
schwerde keine Folge zu geben.

Stadtverordneter Blische als Korreferent konnte sich
dieser Ansicht nicht anschließen und schlug vor, der Innung
aufzugeben, die von ihren Mitgliedern erhobene Extragebühr
für den Arbeitsnachweis in Fortfall zu bringen und die
Kosten, welche der Arbeitsnachweis erfordert, aus den laufen-
den Einnahmen der Innung zu decken.

Bürgerdeputierter Zupauer hielt es für höchst zweifel-
haft, ob der betreffende Arbeitsnachweis ein berartiger sei,
welcher nach § 81 a zu den Aufgaben der Innung gehöre.
Er sei nicht ausschließlich für die Innungsmitglieder zum
Nuzen von Arbeitern gegründet worden; die Innung sei
nur als Teilhaber dieser Einrichtung zu betrachten. Der
Arbeitsnachweis sei obligatorisch nicht nur für die Mitglieder
der Tischlerinnung, sondern auch für die Mitglieder vier
anderer Organisationen: 1. der Freien Vereinigung der
Holzindustriellen Berlins und Umgebend, 2. des Zentral-
verbandes der Bautischlermeister Berlins und Umgebend,
3. des Vereins der Fabrikanten der Bureau- und Laden-
einrichtungsbranche 4. des Vereins der Präzisionswerk-
zeuge und verwandter Gewerbe zu Berlin. Es handele sich also
hier um keinen Innungsarbeitsnachweis. Im Widerspruch
mit dem Innungsstatut, welches bestimmt, daß die Innung
für ihre Rechnung und unter Aufsicht des Ausschusses für
das Gesellen- und Herbergswesen einen Arbeitsnachweis
errichte, sei dieses Institut errichtet worden. Der Vorstand
der Innung habe das mögliche getan, den Arbeitsnachweis
nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Innungs-
mitgliedern in Mitleidenschaft zu bringen. Welcher Terrorismus
gegen die letzteren geläutet würde, zeige eine Bekanntmachung
des Obermeisters Mahardt in dem Organ der Innung,
wonach wiederholt Tischlermeister, welche Arbeiter eingestellt
hätten, ohne dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen,
daß sie Arbeiter benötigten, auf Beschluß des Innungsvor-
standes in eine Ordnungstrafe von je M. 20 genommen
wurden. Das sei Terrorismus der schlimmsten Art, ange-
wandt von Leuten, welche fortwährend jahren über den
angebliebenen Terrorismus der Arbeiterorganisationen. Em-
pfinden schon viele Innungsmitglieder den Zwang, wider
ihren Willen der Innung angehören zu müssen, als einen
sehr drückenden. So sei das rigorose Vorgehen betreffs der
zwangsweisen Benutzung des Arbeitsnachweises der fünf ver-
bündeten Unternehmerorganisationen, die zwangsweise Ein-
treibung der Gebühren für den Arbeitsnachweis und die
Verhängung sogenannter Ordnungstrafen für diejenigen,
welche ihre Arbeiter einstellen, ohne dem Arbeitsnachweis
hierzu Anzeige zu machen, vollends geeignet, den Leuten
den ganzen Innungsrummel verhaßt zu machen. Die vor-
liegende Beschwerde und die Forderung der Beschwerdeführer
sei daher als durchaus berechtigt anzuerkennen.

Stadtverordneter Berger, Obermeister der Klempner-
innung, trat den Ausführungen Zupauers entgegen. Er
wünschte, daß man die Beschwerde als unbegründet zurück-
weise und auch den Antrag Blische ablehne.

Stadtverordneter Borgmann empfahl die Verlesung der
Wünsche der Beschwerdeführer. Mindestens solle man
dem Antrag Blische die Zustimmung erteilen. Er bedauerte,
daß die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises nicht
zu Stande gekommen sei. Für das Zustandekommen eines
solchen Arbeitsnachweises könne die Gewerbe-Deputation durch
entsprechende Beschlußfassung wesentlich beitragen.

Magistratsrat Dr. Hamburger hob die juristische Seite
der Streitfrage hervor und hielt den Weg, den der Antrag
Blische zeige, für nicht gangbar.

Stadtverordneter Vahner betonte, daß der Kampf um
den Arbeitsnachweis von der Innung zu einer Nachfrage
gemacht worden sei, was ja der Streit, welcher zwischen ihr
und dem Holzarbeiterverbande des Arbeitsnachweises wegen
entdrannt sei, gezeigt habe.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß die
Angelegenheit noch nicht genügend geklärt sei, um einen
Beschluß der Gewerbe-Deputation herbeizuführen, und bean-
tragte, eine aus sieben Personen bestehende Kommission zu
wählen, welcher die eingegangene Beschwerde zur Ber-
atung überwiesen werden solle.

Dieser Antrag wurde von der Gewerbe-Deputation zum
Beschluß erhoben. Das Plenum wird sich also in einer
späteren Sitzung mit dem Antrage dieser Kommission zu
beschäftigen haben.

Lohnbewegung der Tischler in Görlitz.

Aus Anlaß des wiederholten Versuchs seitens der hiesigen
Arbeitgeber unserer Branche, das von Berlin her faktisch be-
kannte Kontrollbuch zur Einführung zu bringen, wurde unser-
seits mit den Arbeitgebern in Unterhandlung getreten, um in
dieser Angelegenheit endlich reinen Tisch zu machen. Als Er-
gebnis mündlicher sowie schriftlicher Verhandlung wurde zwischen
der hiesigen Tischlerzwangsinnung und dem Arbeitgeber-
verband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen,
Verwaltungsstelle Görlitz, einerseits, und den Verbänden der
Arbeitnehmer andererseits am 7. Oktober cr. folgendes Aberein-
kommen getroffen:

1. Die Arbeitszeit beträgt 57 Stunden die Woche, also
pro Werktag 9½ Stunden unter Wegfall der Frühstück- und
Vesperpausen.
2. Neue Arbeiten werden im Verhältnis der vorhandenen
Arbeitskräfte. Arbeiten, welche mit vorhandenen, bereits
verarbeiteten Sachen nicht zu vergleichen sind, werden im
Lohn gemacht, sofern eine Verständigung über den Akkordpreis
nicht erzielt werden kann.
3. Es wird ein 15-prozentiger Zuschlag für Ueberstunden
und Sonntagsarbeiten bewilligt.
4. Vom Tage des Inkrafttretens dieser Beschlüsse wird eine
zehnprozentige Lohnerhöhung gewährt.
5. Ein Montagezuschlag für Arbeiten innerhalb der Stadt
wird nicht gewährt.
6. Diese Vereinbarungen treten mit dem 31. Oktober 1904
ab in Kraft und gelten bis 1. April 1907. Erfolgt zwei
Monate vor Ablauf dieser Frist seitens der beiden Parteien
keine Kündigung dieses Vertrages, so gilt derselbe als auf ein
weiteres Jahr verlängert.

Gleichzeitig wird das Arbeitsordnungsbuch unter der Be-
dingung des Wegfalls von § 4 des Arbeitsverhältnisses seitens
der Arbeitnehmer anerkannt.
Zu diesen Vereinbarungen ist laut Protokoll der Schluß-
sitzung vom 7. Oktober ergänzend beschlossen worden:
Zu Punkt 1. Die Arbeitszeit soll in allen Betrieben gleich
geregelt werden und zwar beginnend früh 7 Uhr und endend

Nachmittags 6 Uhr mit einer Mittagspause von 12 bis 1½ Uhr.
Ferner kann in der Zeit Vormittags 9 Uhr und Nachmittags
3 Uhr nach Getränken geschickt werden.

Zu Punkt 2. Der im Lohn erzielte Preis hat als Akkord-
lohn bei abermaliger Anfertigung derselben Arbeit zu gelten.

Zu Punkt 4. Die Lohnerrhöhung bezieht sich auch auf die
gegenwärtigen Akkordpreise.

Zu Punkt 5. Bei besonders schwerer und schmutziger
Montagearbeit soll ein Zuschlag wie bisher schon gewährt werden,
was jedoch Gegenstand freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber
und Arbeitnehmer bleibt.

Ferner ist laut Protokoll beschlossen worden:

1. Betreffend des Arbeitsordnungsbuches, daß dieses im
Wortlaut des in Berlin zur Einführung gelangten Kontroll-
buches auch hier beiderseits anerkannt wird.
2. Zur Schlichtung von Streitfällen, die aus diesen Ver-
einbarungen entstehen, wird eine Kommission von 10 Personen
ernannt, die sich zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern
zusammensetzt. Die Kommission ist nur dann verpflichtet, zwecks
Untersuchung von Streitfällen zusammenzutreten, wenn dieselbe
innerhalb drei Tage von einer der beiden Parteien angerufen
wird. Ergibt sich bei Entscheidungen der Kommission Einstimmig-
keit, so ist zur weiteren Entscheidung das Gewerbegericht
anzurufen.

8. Dem Gewerbegericht ist ein Exemplar dieser Verein-
barungen zu seiner Rechtsprechung zu übermitteln.

Wie aus vorstehendem Vertrag ersichtlich, sollten dessen
Bestimmungen vom 31. Oktober ab in Kraft treten. Gegen-
wärtig hat denn auch die eingesezte Schlichtungskommission die
Hände vollstaus zu tun, um denselben in der Bau- und Möbelbranche
volle Geltung zu verschaffen. Tatsächlich hätten es die Herrn
Arbeitgeber schon ganz gern gehabt, daß das Kontrollbuch von uns
anerkannt worden wäre, wenn ihnen nur keinerlei Opfer dadurch
entstanden wären. Daß ihnen dafür aber nun durch diesen
Vertrag eine entsprechende Gegenleistung auferlegt worden ist,
will einigen der Herren absolut gar nicht in den Kram passen
und sie wünschen jetzt die Innung sowie Schutzverband samt ihrem
Kontrollbuch zu allen Teufeln. Und dies auch von Herren, die
vorher mit die eifrigsten waren für die Einführung des
Kontrollbuches. So auch die Herren Betriebsinhaber der
photographischen Tischlerbranche, deren insgesamt sieben in
Betracht kommen mit 129 Tischlergesellen. Von den sieben ge-
hören auch fünf dem Arbeitgeber-Schutzverband an.

Als die Kollegen dieser Branche an die Arbeitgeber heran-
traten und die Einführung der getroffenen Vereinbarung forberten,
wurde ihnen von diesen erklärt, daß sie keine zehnprozentige Er-
höhung der Löhne bewilligen könnten, da erst vor kurzem neue
Preiskisten für ihre Produkte an ihre Kunden verhandelt worden
seien. Hierauf sah sich die Verbandsleitung genötigt, die Herren
Arbeitgeber zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einzuladen, hoffend,
durch gegenseitige Aussprache eine Einigung in dieser An-
gelegenheit herbeizuführen zu können. Auf die Einladung des
Gewerkschafters hin waren denn auch die Herren Arbeitgeber
alle erschienen. Außerdem war auch noch Herr Vambach als
Vertreter des Friedrich-Lunderscheren Gewerbevereins anwesend.
Von den Arbeitgebern wurde uns in dieser Sitzung folgender
Vertrag zur Annahme unterbreitet:

Die Arbeitgeber der photographischen Branche in Görlitz
haben heute beschlossen:

1. Die Arbeitszeit in ihren Betrieben wird auf 57 Stunden
pro Woche festgesetzt. Eine Frühstückspause von mindestens einer
Viertelstunde ist auch aus gesundheitlichem Interesse beizubehalten.
2. Neue Arbeiten werden solange in Lohn gemacht, bis ein
Akkordpreis dafür vereinbart ist; für die erste Lieferung wird
der Stundenlohn auf alle Fälle garantiert.
3. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten wird ein Zu-
schlag von 15 pZt. bewilligt.
4. Für alle Lohnarbeiten werden 5 pZt. Zuschlag bewilligt.
Ein Zuschlag von 10 pZt. auf Lohn- und Akkordarbeiten, wie
von den Arbeitnehmern gefordert, kann nicht früher bewilligt
werden, als bis die Preise für photographische Apparate erhöht
werden können. Im übrigen ist festgesetzt und kann nach-
gewiesen werden, daß die Möbelmacher auch nach erfolgter
Lohnerhöhung von 10 pZt. durchschnittlich nicht so viel ver-
dienen als die photographischen Tischler ohne die Erhöhung
von 5 pZt.

5. Diese Beschlüsse treten, soweit dies nicht schon erfolgt
ist, am heutigen Tage rückwirkend auf die laufende Lohnwoche
in Kraft. Folgt Datum und sechs Unterschriften.

Nun wäre wohl über alles eine Einigung zu Stande gekommen,
jedoch scheiterte dieselbe an Punkt 4. Hierzu machten uns die
Herren Arbeitgeber nach längerer Debatte noch folgendes An-
gebot: 5 pZt. auf Lohn und Akkord zuzulegen, jedoch auf die
Dauer bis 1. April 1907. Von unserer Seite wurde den
Arbeitgebern ein Vermittlungsvorschlag dahingehend gemacht,
von jetzt an 5 pZt. Zuschlag auf Lohn und Akkord zu bewilligen
und vom 1. Mai 1905 weitere 5 pZt. auf die Dauer bis
1. April 1907. Dieses Angebot wurde jedoch von den Herren
Arbeitgebern abgelehnt. Aber für uns war auch selbst das
zweite Angebot der Arbeitgeber unannehmbar, wodurch
denn die Verhandlung ergebnislos verlief. Maßgebend
für unsere Haltung war, daß seit 14 Jahren in dieser Branche
keine Aufbesserung der Löhne zu verzeichnen ist, wohl aber ist
nachzuweisen, daß in dieser Zeit die Löhne eine fortwährend
sinkende Tendenz anwiesen. Auch beweist die Statistik vom
Jahre 1902, die Lage der Holzarbeiter betreffend, daß die
Löhne der hiesigen photographischen Tischler gegenüber den
Löhnen dieser Branche an anderen Orten mit die niedrigsten sind.
Aus diesen Gründen halten wir eine Lohnerrhöhung von 10 pZt.
für durchaus angebracht und berechtigt. Wenn die Arbeitgeber
zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung anführen, die Löhne
der Tischler auf photographische Apparate seien erheblich höhere
als die der Möbelmacher, so muß dem aber entgegengehalten
werden, daß die photographische Branche stets die tüchtigsten
und erfahrensten Möbelmacher in sich aufnimmt, während
der Möbelbranche die jüngeren unerfahrenen Kräfte überlassen
bleiben. Von diesem Gesichtspunkt aus verwarf auch die am
Sonntag, den 12. November, tagende Branchenversammlung,
die von fast sämtlichen photographischen Tischlern besucht war,
das Angebot der Arbeitgeber und beschloß, an der Forderung
von 10 pZt. festzuhalten und, wenn nötig, die Arbeit Montag
früh einzustellen.

In die Kollegen allerorts ergeht nun die Bitte, unterstützt
uns in dem Kampf, der uns aufgezwungen worden ist, damit,
indem Ihr dafür sorgt, daß Zugang von Tischlern jeder Art
nach Görlitz auf das strengste ferngehalten wird. Den Görlitz-

Ihnen Kollegen rufen wir aber an dieser Stelle zu: Seid einig und haltet fest an dem einmal gefassten Beschlusse, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Nur Beharrlichkeit führt zum Sieg.

Geschäftsbericht der Sächsischen Holz-Verufsgenossenschaft pro 1903.

Der Vorstand der Verufsgenossenschaft tröstet eingangs seines Berichtes die Herren Genossenschaftsmitglieder, daß die Beiträge doch nicht so hoch gestiegen seien, als im Vorjahre angenommen wurde. Die Steigerung der Entschädigungsbeträge, wonach sich bekanntlich die Umlage richtet, habe gegen das Vorjahr „nur 6,4 pSt.“ betragen, in den Vorjahren dagegen 18 bis 18 pSt. Der sogenannte „Wohrungsanstand“ stände jedoch noch in sehr weiter Ferne, „weil gerade in den Holzbetrieben zumeist gesunde, kräftige Leute in jugendlichem Alter tätig sind und diese, wenn sie verunglücken, zum größten Teil Schäden erleiden, die, im Verluste von Gliedern bestehend, zu Dauerrenten führen.“

In den Kataster der Verufsgenossenschaft waren am Schlusse des Berichtsjahres aufgenommen:

Table with 2 columns: Number of enterprises and number of workers. 2139 Maschinenbetriebe mit 29842 Arbeitern, 1464 Handbetriebe mit 5102 Arbeitern, 3603 Betriebe mit 84944 Arbeitern.

Es entfallen somit durchschnittlich auf jeden Maschinenbetrieb 13,9, auf jeden Handbetrieb 3,5 Personen, oder durchschnittlich auf jeden Betrieb 9,7 Personen.

Ueber das Wachstum der Holzindustrie in Sachsen geben uns die nachstehenden Zahlen der einzelnen Jahre Kenntnis, die wir aus den Tabellen des Berichtes herausziehen. Versichert waren:

Table with 2 columns: Year and number of insured workers. 1886... 1801 Betriebe mit 18934 Arbeitern, 1890... 2650 " " 20676, 1895... 3026 " " 23415, 1900... 3456 " " 30797, 1902... 3494 " " 34445, 1903... 3603 " " 34944.

Die Zahl der Betriebe und der versicherten Arbeiter hat sich gegen das Jahr 1886 also fast verdreifacht.

Von den 29842 versicherten Arbeitern in den Maschinenbetrieben war die größte Anzahl beschäftigt in 560 Sägewerken 5269 Arbeiter, in 66 Möbelfabriken 2635 Arbeiter, in 119 Stuhlfabriken 3470 Arbeiter, in 426 Tischlereien 5264 Arbeiter, in 158 Holzwarenfabriken 2835 Arbeiter, in 41 Wurstfabriken 2109 Arbeiter, in 294 Drechsleren 1972 Arbeiter, in 116 Spielwarenfabriken 1875 Arbeiter usw. Der Bericht unterscheidet 41 Betriebsarten, so daß also in den oben acht genannten Betriebsarten die größte Mehrzahl der Arbeiter beschäftigt wurde. Bei den Handbetrieben waren von 5102 Arbeitern allein 2838 in 1248 verschiedenen Bau- und Möbelschleiereien beschäftigt, während man 29 Betriebsarten unterscheidet.

Der Genossenschaftsvorstand war „viel beschäftigt“; hat er doch im ganzen Jahre vier Sitzungen abgehalten und zwar im März, August und Oktober.

Unfallanzeigen wurden im Berichtsjahre insgesamt 1162 erstattet; wovon 1120 in maschinellen und 42 in Handbetrieben sich ereigneten. Veranlassung dieser Unfälle waren nach dem Bericht: Dampffessel zc. 8 Unfälle, Motoren zc. 2, Transmissionen aller Art 15, Fahrstühle zc. 1, Gatter- und Furniersägen 21, Kreissägen 226, Hand- und Decoupiersägen 16, Reilmaschinen zc. 170, Fräß-, Bohr- und Stemmaschinen 93, andere Maschinen 49, Fahrzeuge zc. 188, Fall von Leitern, Treppen 58, Holzfällen oder Herabfallen von anderen Gegenständen, Bruch, Einsinken zc. 32, verschiedene Gegenstände und Vorgänge 277.

Die Kreissägen forderte also auch hier die meisten Opfer. Natürlich waren da die „unvorsichtigen“ Arbeiter wieder allein schuld! Von den 1162 gemeldeten Unfällen brauchten jedoch, dank der famosen Gutachten der Vertrauensärzte, nur 331 Fälle entschädigt zu werden. Davon ereigneten sich 322 in maschinellen und 9 in Handbetrieben. Nach Alter und Geschlecht verteilen sich die „Entschädigten“: 323 Erwachsene männlichen, 2 Erwachsene weiblichen und 6 Jugendliche männlichen Geschlechts. Als Folge der Unfälle werden aufgeführt: in 11 Fällen Tod, in 226 Fällen teilweise und in 91 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Die Rubrik: „böilige Erwerbsunfähigkeit“ ist leer! Ja, die Vertrauensärzte!

Interessant ist auch die Rechtsprechung. Es waren 215 Verurteilungen an die Schiedsgerichte anhängig, die wie folgt „erledigt“ wurden: Verwerfung der Verurteilung: 70 Fälle, Zurücknahme: 16 Fälle! Zurückgewiesen wegen Fristversäumnis: 2 Fälle, Vergleich: 85 Fälle, Anerkennung des Klageanspruchs: 9 Fälle, Verurteilung der Verufsgenossenschaft in 29 Fällen!!

Am Landesversicherungsamt waren 31 Rekurse gegen diese Urteile anhängig, wovon 18 abgewiesen, 2 anerkannt und nur in 6 Fällen die Verufsgenossenschaft verurteilt wurde!!

Sehr kurz, nicht einmal 8 Druckzeilen verwendet der Bericht für das wichtige Thema: „Unfallverhütung“! Wir erfahren, daß der Aufsichtsbreite 259 Betriebe (von 3603 Betrieben!!!) revidiert hat. „Von diesen gaben zu Anordnung Anlaß: 193 Betriebe; in Ordnung befunden wurden 66 Betriebe.“

Wenn schon 75 pSt. aller revidierten Betriebe zu Anordnungen Anlaß gaben, wie mag es erst in den 3400 nicht revidierten Betrieben aussehen? Was nützt da die Klage, daß die „beobachteten Mängel besonders häufig an Kreissägen, Abriemaschinen zc.“ waren? Die Ausgaben der Verufsgenossenschaft betragen für Heilverfahren M. 5185,88, für Renten an 2439 Verletzte M. 304956,20, Sterbegeld M. 942,68, Witwenrenten M. 17572,31, Kinderrente M. 19772,86, Kur- und Pflegekosten M. 8440,42, Fürsorge für Verletzte innerhalb der ersten 18 Wochen M. 1035! Dagegen ließ man sich die Arztgutachten M. 10157,69 kosten. Das Vermögen der Verufsgenossenschaft beträgt M. 1154029,29.

Agitation im 1. Gau.

Auf Ersuchen des Gauvorsitzers, Kollegen Giff, unternahm ich eine Agitationstour durch Vorpommern. Die Tour begann am 8. Oktober, und zwar in der kleinen Universitätsstadt Greifswald. So nett wie sich die Stadt dem Besucher darbietet, so freundlich war der Empfang durch die dortigen Kollegen. Die Versammlung war den Umständen nach gut besucht, es ließen sich nach dem Vortrage zwei Kollegen aufnehmen. Man klagte darüber, daß nur wenig Tätigkeit zu entwickeln sei; die Hauptaufgabe habe bisher darin bestanden, die Ausgelernten der Organisation zuzuführen. Die Holzarbeiter der dortigen Eisenbahnwerkstätte seien nicht zu gewinnen; es treten sogar welche aus, wenn sich ihnen Gelegenheit bietet, Staatsarbeiter zu werden.

Den 9. Oktober, Vormittags, fand in Anklam eine öffentliche Genossenschaftsversammlung statt. Es hatten sich etwa 70 Kollegen eingefunden, was bei der außerordentlich gut organisierten Zahlstelle als nicht genügend bezeichnet werden muß. Ein Redner meinte launigweise, das hänge mit den Kartoffeln zusammen; wenn zu befürchten sei, daß die Kartoffeln laß werden, dann sei der Besuch immer lüdenhaft. Der Vortrag „Politische und Gewerkschaftsbewegung“ wurde sehr freundlich aufgenommen, und der Wunsch ausgesprochen, baldigst wieder jemand zu sehen.

Jetzt ging die Reise nach Passau, wo in den Abendstunden die Versammlung stattfand. Hier hatte man sich schon auf die Ankunft des Referenten in der Weise gerüstet, daß man Abends zuvor elf Ausgelernte in den Verband aufgenommen hatte und diese nun in die Versammlung einführte. Die Stimmung war um so bergütlicher, da die Gewerkschaftler keinen von den jungen Leuten bekommen hatten. Die Ichtler sind seit der Lohnbewegung am hiesigen Orte stark im Niedergang begriffen; einige larmlose junge Leute wurden mir noch gezeigt, die dem Gewerkschaftsbereich noch treu geblieben sind. Diese bilden somit eine gewisse Sehenswürdigkeit.

Montag, den 10. Oktober, traf ich in Stettin ein; das den dortigen Kollegen zur Verfügung stehende Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vortrag „Kampf und Handarbeit“ sprach gut an, und nahm die Versammlung einen schönen Verlauf.

Dienstag, den 11. Oktober, sollte in Neckermünde wegen der geringen Zahl der Organisierten eine Besprechung stattfinden. Der Kollege Verndt, der die Leitung in Händen hat, hatte keinerlei Vorbereitungen getroffen. Ich sah mich nun veranlaßt, die Kollegen selbst zusammen zu holen, was mir bis zur Hälfte gelang. Kollege Verndt ließ sich benachrichtigen, derselbe erschien jedoch nicht. Hier wäre eine Vertheidigung dringend nötig gewesen. Der einzige größere Betriebsinhaber des Ortes, Herr Lorenz, soll nach den Schilderungen dreier Kollegen nicht einmal die Affordemachungen innehalten. Er zieht, wenn nach seiner Meinung zuziel verdient ist, willfürlich einen Betrag ab, und dabei ist der Herr nicht einmal Sachmann. Zu dem dortigen Gewerbegebiet haben die Kollegen kein Vertrauen, somit ist Herr Lorenz in der angenehmsten Lage. Einige kräftige Löhne über das Verhalten des Kollegen Verndt hatten zur Folge, daß der Genannte am Vormittag des folgenden Tages bei mir erschien und sich entschuldigte, auch versprach, sich mehr als bisher der Sache anzunehmen. An Fähigkeit gebricht es ihm nicht.

Am Abend desselben Tages dampfte ich nach Bredow bei Stettin. Die Versammlung war trotz der eifrigsten Bemühungen der Verwaltung nur sehr minimal besucht. Etwas über 50 Personen hatten sich eingefunden; es wurde gesagt, das schlechte Wetter und der etwas weit zurückliegende Lohntrag tragen die Schuld. Auf dem Vulkan ist nämlich vierzehntägige Löhnung. Die Angelegenheit der Verschmelzung der Zahlstelle mit Stettin ist immer noch ein wunder Punkt, jedoch wollte man künftig derartige Versammlungen gemeinsam abhalten.

So bescheiden wie in Bredow, so glänzend gestaltete sich Donnerstag, den 13. Oktober, die Versammlung in Stettin. Ueber 400 Personen, darunter zahlreiche Frauen, hatten sich in Saale der Philharmonie eingefunden. Es gelang mir, in fast zweistündigem Vortrage die Zuhörer zu fesseln und starken Beifall wahrzunehmen. Nach dem Vortrage ließen sich zehn Kollegen aufnehmen, auf eine größere Biffer rechnet man

in den Werkstätten. In der kurzen Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, die Zahlstelle mehr als bisher zu berücksichtigen und populäre Thematias durch die Redner behandeln zu lassen.

In Passau sind wir noch nicht so weit, heißt es im Liede, nun, dieses mal waren die Passauer auf dem Festen. Die Mitglieder waren, bis auf zwei, alle erschienen; meine Ausführungen wurden mit Interesse aufgenommen. Im letzten Quartal sind elf durchreisende Kollegen aufgenommen worden, immerhin ein Zeichen von der Nützlichkeit der Kollegen.

Sonntags, den 15. Oktober, traf ich in Stargard in Pommern ein. Die Lokalfrage ist hier eine recht brennende. Herr Kaufmann Witte, der Schankgerechtigkeit hat, hat durch Entfernung einer Wand seine Räume in entsprechender Weise umgewandelt und uns zur Verfügung gestellt. Der Besuch bezifferte sich auf circa 60 Personen. Der Verlauf der Versammlung war recht angenehm und die Mitglieder sind guten Mutes.

Sonntag, den 16. Oktober, begab ich mich nach Gollnow; hier hatte der Besuch meine Erwartungen übertroffen. Von der dortigen Stuhlfabrik hat sich, einem Verbot des Besitzers zufolge, kein Mensch eingefunden. Dagegen hatten sich die Kollegen der umliegenden sogenannten „sieben Dörfer“ recht zahlreich eingefunden; auch Gäste anderer Gewerkschaften waren erschienen, so daß die Gesamtziffer 80 Personen betrug. Auch hier verlief die Versammlung gut und wurde das Verhalten der Kollegen der Fabrik scharf getadelt. Auch Wählende bezüglich des Kost- und Logiswesens kamen zur Sprache und wurde entschiedenes Auftreten dagegen empfohlen.

Damit hatte die Tour ihr Ende erreicht. Im ganzen kann ich wohl, soweit ich einen Maßstab anulegen im Stande bin, mit dem Ergebnis zufrieden sein. Ich trage mich mit dem Gefühl, und auch wohl Kollege Giff, daß einem dringenden Bedürfnis der dortigen Mitglieder, wieder mal jemand zu hören, entsprochen worden ist.

Rob. Fendel, Berlin.

Rundschau.

Jesuitenschule in M.-Glabbach. Der Volkverein für das katholische Deutschland, d. h. die Organisation der Zentrumspartei, unterhält in M.-Glabbach ein ganzes Hund politisierender Kaplanen, zu denen sich die „Eugenoffen“ Ganuh im le noch gesellt hat, die ihre Zeit damit loschlagen und ihr Brot damit verdienen, daß sie Agitatoren für alle „Christliche“ ausbilden, und man muß es ihnen lassen, sie sind sehr fleißig. Wenn die Sache trotz alledem nicht recht klappen will, tragen die M.-Glabbacher Jesuiten daran seine Schuld. In den Nummern 40 und 41 der Westdeutschen Arbeiterzsg. wird nun das Winterprogramm dieser Unterrichtsturse veröffentlicht. Daraus bekommt man zugleich Einblick in die Motive, die diesen Kursen zu grunde liegen und über ihre Tendenzen. Der Zweck der Schule ist, wie die „Westd. Arbeiterzsg.“ mitteilt, die intelligenten katholischen Arbeiter zu tüchtigen, tatkräftigen Führern in der christlichen Arbeiterbewegung heranzuziehen. Von einer Ausbildung der intelligenten evangelischen Arbeiter innerhalb der so „paritätischen“ interkonfessionellen „christlichen“ Gewerkschaften steht nichts im nächsten Heft drin. Was Wunder, wenn sich in den christlichen Gewerkschaften, deren „große Geister“ alle in M.-Glabbach erzogen wurden, kein evangelischer Geantler befindet. Durch Selbstschulung, wie sich familiäre Führer der freien Gewerkschaften gebildet haben, scheint sich ein christlicher nicht emporarbeiten zu können, sind sie doch nach August Brust die „Alleräußersten“. Welcher solchen „Parität“ wundert man sich noch, wenn die evangelischen Arbeiter, die in den christlichen Gewerkschaften doch nur Mitglieder zweiter Klasse sind, sich den freien Gewerkschaften anschließen, wo es nur einerlei Mitglieder gibt.

Für den diesjährigen Wintertours hat man drei Programme mit je zehn verschiedenen Thematias aufgestellt. Das Hauptgewicht legt man auf die Erörterung religiöser Fragen, apologetische Vorträge. Wir wissen wahrhaftig nicht, was die Religionsfragen mit der Gewerkschaftsbewegung zu tun haben und halten einen Gewerkschaftsagitator zur Besprechung dieser Fragen für den denkbar ungeeignetsten, der der Sache nur Schaden, aber niemals Nutzen kann. Nach unserer Meinung gehört die Religion in die Kirche und nicht in Volkerversammlungen und soll von Theologen und nicht von Laien erörtert und behandelt werden.

Ein Punkt im Lehrplan des Kursum heißt: „Der Kampf gegen die Religion in den freien Gewerkschaften“. Was den Zöglingen bei diesem Punkt „mit Gott für Glauben und Zentrum“ alles aufgebunden wird, geht nicht auf eine Kuhhaut. Wir lehnen es grundsätzlich ab, weder für noch gegen diese Frage Stellung zu nehmen, weil das nicht unsere Aufgabe ist und zum anderen wissen wir noch sehr gut, daß man uns als Kinder im Religionsunterricht gelehrt hat, daß die Religion von Gott selbst eingesetzt sei, und was Gott selbst geschaffen oder eingesetzt hat, können Menschen nicht zerstoren.

Im ersten Programm sind folgende Punkte vorgelesen: 1. Wie fertigt man einen Vortrag an? 2. Notwendigkeit, Wesen einer Gewerkschaft? 3. Arbeitervereine und Gewerkschaften im gegenseitigen Verhältnis? 4. Religiöser Vortrag. 5. Wie kann und soll auch eine Gemeinde praktische Arbeiterpolitik treiben? 6. Der Kampf gegen die Religion in den freien Gewerkschaften. 7. Was jeder Arbeiter sich bezüglich der Invalidenversicherung vor allem merken soll. 8. und 9. Freies Koalitionsrecht und Arbeitskammern. 10. Religiöser Vortrag.

Das zweite Programm sieht vor: 1. Praktische Winke für Redner. 2. Presse und Arbeiter. 3. Die Minivierung der Gemeinde an der Wohnungsreform. 4. Religiöser Vortrag. 5. und 6. Das Erfurter Programm und seine Irrtümer. 7. Die evangelischen Gewerkschaften. 8. Die Gewerkschaften zur Regelung der Lohnfrage. (Hier wird wohl beraten werden, wie man am besten „christliche Streikbrecherkolonnen“ gründet). 9. Die Gewerbegerichte und die Arbeiter. 10. Religiöser Vortrag.

Das dritte Programm ergänzt die beiden ersten noch, indem dort noch über indirekte Steuern, Verfassungsfragen Bildungsweisen usw. „gelehrt“ wird.

Alles dieses wird den Böglingen in einer mehrmonatlichen Dressur mittels des Nürnberger Richters eingepfist und dann werden sie, ausgerüstet mit dem ganzen Wissen des M.-Glabbacher Zellstellers, nach allen Windrosen auf die freien Gewerkschaften losgelassen.

Nach die Beamten des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kurtzsch, Königsbauer und Kupper, sind durch die M.-Glabbacher Jesuitenschule hindurch gegangen.

Ueber die Lage des Mittelstandes bringt die Wochenchrift 'Der Deutsche Volkswirt' beachtenswerte Ausführungen, denen wir zwar nicht in allen ihren Teilen zustimmen können, die aber insofern ins Schwarze treffen, als sie eine durch die letzte Aufschwungsperiode veranlasste Verschärfung der sozialen Gegensätze konstatieren.

5 1/2 pro Woche. Allenburg, Aichaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Bernburg, Bielefeld, Bielefeld, Bockenem, Bonn, Braunschweig, Breslau, Bürgel i. S., Burg, Chemnitz, Darmstadt, Deilmold, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Ehrenfeld, Einbeck, Emden, Erfurt, Erlangen, Falkenstein, Feuerbach, Flensburg, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Gelsenkirchen, Geringswalde, Göttingen, Göttingen, Götting, Guben, Habersleben, Halberstadt, Halle, Heidelberg, Hildesheim, Hirsch, Hörde, Hufum, Jechow, Karlsruhe, Kalkheim, Königsberg, Kahr, Landsberg, Loth, Lindenwalde, Lüdenscheid, Mänesburg, Mainz, Mannheim, Marburg, Meißen, Meß, Mühlheim a. Rh., Neumünster, Nordham, Nienberg, Oberhausen, Oelsnitz, Offenbach, Oldenburg, Paderborn, Peine, Perleberg, Pforzheim, Pinneberg, Posen, Pöschappel, Potsdam, Pyrmont, Riesa, Rosenheim, Steinhilber, Swinemünde, Schiffbeck, Schwabach, Stade, Stuttgart, Tübingen, Trebitz, Trier, Uelzen, Verbingen, Unna, Velten, Verden, Vöckelshausen, Waldenburg, Wessobrunn, Wildbrunn, Worms, Würzburg, Wülzen, Zeulenroda, Zienborf, Zuffenhausen, Zwickau.

15 1/2 pro Monat: Eberswalde. 10 1/2 pro Monat: Bochum, Brand, Dinslburg, Ellersburg, Elmshorn, Forst, Gera, Glaschütte, Hagen, Hof, Kall, Kaufbeuren, Konstanz, Lage, Langenberg, Lehrte, Liegnitz, Lübbenau, Mägeln, Niederfeld, Nordhausen, Pirmasens, Radeberg, Singen, Spremlingen, Schönberg i. M., Schönlank, Schorndorf, Schwerin, Stolpen, Wulsdorf. 5 1/2 pro Monat: Finsterwalde, Grimma, Krefeld, Witten, Zerbst, Zwickau. 20 1/2 pro Vierteljahr: Prießitz, Wernigerode. 10 1/2 pro Vierteljahr: Hirschberg, Lauterberg.

Wegen Vergehens gegen die Interessen des Verbandes wurden aus dem Verband ausgeschlossen, auf Antrag von der Zahlstelle Berlin die Tischler Karl Baum, Karl Bock, Karl Fehmer, Emil Pring, Robert Buchalki, Stanislaus Saja und Wilhelm Janber, die Maschinenarbeiter Adolf Striegel und Otto Wichmann, der Drechsler Paul Ahmann, der Stodarbeiter Adolf Casper, der Stellmacher Fritz Bawell, der Modellstecher Richard Freilicht und der Klavierarbeiter Hugo Pollack; von der Zahlstelle Barth der Tischler Otto Trense; von der Zahlstelle Bremerhaven die Tischler Jakob Grab, Gerhard Kramer und Robert Martin; von der Zahlstelle Epenid die Maschinenarbeiter Wilhelm Böhm, Hermann Folgentreu, Robert Schaller, August Schulz, Ernst Sirenska, Reinhold Weinholt und Wilhelm Worrack; von der Zahlstelle Gollmar i. Elsaß der Schreiner Georg Knecht; von der Zahlstelle Ebersfeld-Warmen der Hilfsarbeiter Edmund Fuchs und der Drechsler August Wintermeier; von der Zahlstelle Fochenheim der Schreiner Fritz Reisinger; von der Zahlstelle Frankfurt a. M. die Schreiner Adolf Wercha, Franz Veinert und Ernst Spielmann; von der Zahlstelle Hamburg der Korbmacher Paul Klemm; von der Zahlstelle Landsberg die Tischler Hermann Dräger, Karl Jettel, Fritz Kriening, Fritz Bach und der Polierer Fritz König; von der Zahlstelle Leipzig der Tischler Wilhelm Becker; von der Zahlstelle Ludwigshafen der Schreiner Andreas Groß; von der Zahlstelle Merseburg die Korbmacher Richard Möbiger und Emil Schmidt; von der Zahlstelle Nürnberg der Bildhauer Otto Bink; von der Zahlstelle Nothenburg der Schreiner Johann Seiler; von der Zahlstelle Saalfeld der Drechsler Otto Helms und von der Zahlstelle Stahfurt die Tischler Gustav Janide und Ernst Westphal. Stuttgart, den 12. November 1904.

Der Verbandsvorstand.

Sterbefahel.

Karl Langner, Tischler, geb. 3. 4. 66, gest. 7. 11. 04 in Breslau. Wilhelm Döblich, Tischler, geb. 8. 8. 81, gest. 11. 11. 04 in Breslau. Max Waldherr, Schreiner, geb. 6. 5. 78 zu München, gest. 10. 11. 04 ebenda. Wilh. Kraack, Tischler, geb. 9. 6. 63 zu Wellenheim, gest. 15. 10. 04 zu Bielefeld. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Abrechnung für das zweite Quartal 1904.

Table with columns: Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse, Einnahme, Ausgabe. Rows include: Beitrittsgehd von Einzelmitgliedern (74,50), Beiträge von Einzelmitgliedern (2509,50), Extrabeiträge von Einzelmitgliedern (17,77), für Erzbücher (1,30), Altranach (8,10), Protokolle (5,55), Zurückgezahlter Rechtschutz (182,-), Zins aus Kapitalien (8261,51), Sonstiges (6,35). Total: 11061,58. Von Zahlstellen eingesandte Ueberschüsse: 187599,91. Summa: 198661,49.

Table titled 'Ausgabe'. Rows include: Für Reiseunterstützung (64,15), Arbeitslosenunterstützung (60,-), Umzugsunterstützung (690,-), Rechtschutz (149,80), Agitation (1844,80), an die Gauborstände (14981,86), die 'Holzarbeiter-Zeitung' (1750,-), die 'Gleichheit' (104,22), Gehälter an die Beamten (4861,-), Entschädigung an Ausschuss- und Vorstandsmitglieder (78,80), Für Druckerarbeiten (10086,80), Buchbinderarbeiten (99,40), Druckarten (420,-), Steindruck (28,85), Reisehandbücher (50,-), Schreib- und Packmaterial (264,57), Porto für Korrespondenz und Materialversand (2012,77), Gelbforderungen (79,20), Für Strafporto (12,15), Versicherungsbeiträge (149,76), Zeitungsabonnement (50,54), Bureauleite und Reinigung (860,-), Bureaubedarf und Dienstleistungen (105,49), Sonstiges (105,50), Zinsvergütung und Stempel bei Ankauf von Wertpapieren (299,45), Unkosten im Bankverkehr (90,42), Kosten des 5. ordentlichen Verbandstags in Leipzig (9648,10), der Partektarif-Prozessure (885,91), Beitrag an die Generalkommission (8000,-), Streikunterstützung außerhalb des Verbandes (8340,-). Total: 89888,85. An Zahlstellen gesandte Zuschüsse: 79189,-. Summa: 169077,85.

Table titled 'Einnahme'. Rows include: Einnahme (198661,49), Ausgabe (149082,85), Mehreinnahme (58569,14), Hierzu Bestand vom 1. Quartal (893561,81), Ergibt Bestand pro 3. Quartal (1042231,34).

Bilanz.

Table titled 'Einnahme'. Rows include: Bestand vom 1. Quartal: Bei den Zahlstellen (94817,89), Bei der Hauptkasse (893561,81), Summa (988379,70). Beitrittsgehd: Bei den Zahlstellen (6260,50), Bei der Hauptkasse (74,50), Summa (6334,90). Beiträge: Bei den Zahlstellen (371504,95), Bei der Hauptkasse (2509,50), Summa (374014,45). Extrabeiträge: Bei den Zahlstellen (117,20), Bei der Hauptkasse (17,77), Summa (134,97). Sonstige Einnahmen: Bei den Zahlstellen (1872,87), Bei der Hauptkasse (8459,81), Summa (9332,68). Guthaben der Lokalkassen für nächstes Quartal (4453,64). Summa: 1388150,34.

Ausgabe.

Table titled 'Ausgabe'. Rows include: Reiseunterstützung: Bei den Zahlstellen (29132,15), Bei der Hauptkasse (84,15), Summa (29216,80). Arbeitslosenunterstützung: Bei den Zahlstellen (25558,18), Bei der Hauptkasse (60,-), Summa (25618,18). Streikunterstützung (104818,49), Gemäßigtestenunterstützung (4175,63), Unterstüzung in Sterbefällen (5742,50), Umzugsunterstützung: Bei den Zahlstellen (4874,86), Bei der Hauptkasse (630,-), Summa (5504,86). Hofkaunterstützung (1415,-), Rechtschutz: Bei den Zahlstellen (1899,14), Bei der Hauptkasse (149,80), Summa (2048,94). Agitation: Bei den Zahlstellen (103,20), Bei der Hauptkasse (16326,66), Summa (16429,86). Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen (111,37), 25 pSt. Anteil der Lokalkassen (92879,70), Für die 'Holzarbeiter-Zeitung' (1750,-), Für die 'Gleichheit' (104,22), Gehälter und Entschädigungen (4439,80), Druck- u. Buchbinderarbeiten, Marken, Stempel und Reisehandbücher (10684,85), Sonstige Verwaltungskosten bei der Hauptkasse (3189,99), Zinsvergütung und Stempel bei Ankauf von Wertpapieren (299,45), Unkosten im Bankverkehr (90,42), Kosten des 5. ordentlichen Verbandstages in Leipzig (9648,10), der Partektarif-Prozessure (885,91), Beitrag an die Generalkommission (8000,-), Streikunterstützung außerhalb des Verbandes (8340,-), Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Quartal (865,80). Bestand pro 3. Quartal: Bei den Zahlstellen (97520,80), Bei der Hauptkasse (950170,95), Summa (1047691,75). Summa: 1388150,34.

Abschluss.

Table titled 'Einnahme'. Rows include: Bei den Zahlstellen (883709,08), Bei der Hauptkasse (11061,58), Summa: 894770,64.



Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Redakteur der 'Holzarbeiterzeitung', Kollege Basse, hat keine Stelle auf 1. Januar 1905 gekündigt, weil er aus Familienrückichten verhindert ist, mit der Zeitung nach Stuttgart zu überleben. Ebenso hat auch der Expedient, Kollege Stubbe, seine Kündigung eingereicht. Vorstand und Ausschuss haben darauf beschlossen, als Expedienten der 'Holzarbeiter-Zeitung', ab 1. Januar 1905, den bisherigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, Kollegen Eduard Steinhrenner in Stuttgart, zu wählen. Dagegen wird der Posten eines Redakteurs unserer Zeitung hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Als Bewerber können nur Verbandsmitglieder zugelassen werden. Kollegen, welche sich für dieses Amt befähigt halten, wollen unter genauer Angabe ihrer bisherigen Betätigung auf journalistischem Gebiete und unter Beifügung entsprechender Arbeiten ihre Bewerbung spätestens bis 1. Dezember an den Verbandsvorstand einreichen.

Wir ersuchen um Mitteilung des jetzigen Aufenthalts des Drechslers Karl Kreiß, geb. 26. 9. 1881 zu Döbeln, zuletzt in der Zahlstelle Annaberg.

Der Zahlstelle Delsnitz wird hieburc die Genehmigung erteilt, ab 1. Dezember d. J. einen Lokalbeitrag von 5 1/2 pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Nachstehend veröffentlichen wir wiederum die Liste derjenigen Zahlstellen, welche vom Verbandsvorstand die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages nachgesucht und erhalten haben, so daß die Mitglieder in diesen Zahlstellen gemäß § 11 Absatz 2 des Statuts neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag noch den angegebenen Lokalbeitrag zu entrichten haben:

25 1/2 pro Woche: Berlin, Charlottenburg, Gr.-Lichterfelde, Nowawes-Neuendorf, Rixdorf, Schöneberg, Spandau, Steglitz, Weihenfer. 15 1/2 pro Woche: Bremen, Bremerhaven, Cassel, Delmenhorst, Ebersfeld-Warmen, Hannover, Kiel, Cöln, Magdeburg, München, Oberstdenweide, Plauen, Wilhelmshaven, Zehlendorf. 10 1/2 pro Woche: Altona, Blankenese, Essen, Frankfurt a. d. O., Hirsch, Saarben, Hamburg, Harburg, Hamm, Leipzig, Lehnitz, Lübeck, Mühlhuf, Netersen, Wandersfel, Weimar, Wilhelmshurg, Wittenberge.

Ausgabe.

Bei den Zahlstellen	M. 265K75,74
Bei der Hauptkasse	68883,85
Summa ...	M. 334459,59

Gesamt-Einnahme	M. 344770,84
Gesamt-Ausgabe	335459,59
Mehreinnahme ...	M. 9311,25

August Wohne, Kassierer

verbüßert und für richtig befunden:

Die Revisoren:

O. Wähler, F. Daniel, L. Lamparter.

Im zweiten Quartal dieses Jahres ist die Mitgliederzahl des Verbandes auf 28 618 (28 180 männliche und 538 weibliche) gestiegen. Gegen das vorige Quartal bedeutet diese Zahl ein Mehr von 5421 Mitgliedern (5380 männlichen, 41 weiblichen), gegen das zweite Quartal des Vorjahres dagegen ein Mehr von 16 279 (16 142 männlichen, 137 weiblichen) Mitgliedern.

An der Steigerung der Mitgliederzahl in diesem Quartal sind von den größeren Zahlstellen besonders die folgenden mit dem bestmöglichen Zuwachs gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres beteiligt:

- Altona 50, Augsburg 84, Baugen 81, Bayreuth 19, Bernburg 86, Bielefeld 19, Bonn 20, Brandenburg 17, Bremen 56, Camille 43, Cassel 125, Chemnitz 79, Coblenz 25, Cottbus 15, Danzig 37, Darmstadt 65, Dessau 82, Detmold 82, Döbeln 26, Dortmund 87, Dresden 272, Düsseldorf 110, Duisburg 129, Eisenach 26, Ebersfeld-Varren 81, Erfurt 55, Essen 76, Flensburg 28, Frankfurt a. M. 74, Frankfurt a. d. O. 16, Freiburg i. B. 16, Fürstentum 13, Götting 177, Gvarben 20, Gera 12, Geringswalde 24, Götting 17, Gotha 21, Gommersberg 16, Halle 27, Hamburg 285, Hannover 182, Harburg 83, Helmstedt 21, Herford 185, Hildesheim 14, Johanngeorgenstadt 15, Kalkseklautern 51, Kiel 108, Köln 250, Königsberg 87, Köpenick 18, Krefeld 11, Leipzig 247, Ludwigshafen 19, Lübeck 23, Magdeburg 157, Mainz 72, Mannheim 61, Meissen 82, Mühlhausen in Thüringen 61, München 122, Neu-Weinburg 28, Neumünster 15, Nürnberg 367, Osnabrück 33, Pletze 44, Pforzheim 16, Plauen 16, Posen 38, Pößneck 28, Potsdam 20, Rabenau 28, Radeberg 49, Rathenow 23, Regensburg 80, Riesa 40, Rostock 21, Schmöln 49, Schwerin 14, Stuttgart 151, Waldheim 15, Wandsbek 25, Welmars 13, Wilhelmshaven 12, Worum 23, Würzburg 18.

Dagegen hatten unter anderen die folgenden größeren Zahlstellen den angegebenen Verlust an Mitgliedern:

- Altenburg 11, Berlin 322, Bochum 10, Breslau 17, Dipoldswalde 31, Eisenberg 24, Freiburg i. Schl. 15, Grohschierfeld 14, Halberstadt 14, Landsberg 85, Offenbach 84, Nördorf 17, Solingen 36, Ulm 13, Wiesbaden 22, Wilsdruff 49, Zettl 10.

Von aufgenommen wurden 12611 männliche und 147 weibliche, zusammen 12758 Mitglieder, gegen 10116 im ersten Quartal dieses Jahres und 10700 im zweiten Quartal des Vorjahres.

Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge beträgt insgesamt M. 374014, ist also gegen das erste Quartal (M. 364042) um M. 9972 gestiegen. Im Vorjahre brachte das zweite Quartal, in welchem erstmals der 28-Pfennigbeitrag erhoben wurde, nur eine Einnahme von M. 288 083, so daß die Mehreinnahme an Beiträgen in diesem Jahre M. 85 981 beträgt.

Auf das einzelne männliche Mitglied entfallen durchschnittlich M. 4, gleich 86 pZt. des Vollbeitrags gegen 91 pZt. im ersten Quartal. Die weiblichen Mitglieder haben durchschnittlich M. 1,68 oder 80 pZt. (gegen 88 pZt. im ersten Quartal) des Vollbeitrags entrichtet.

Die Ausgaben weisen gegen das zweite Quartal des Vorjahres wesentlich andere Summen auf. Besonders ist die Reiseunterstützung durch das am 1. April dieses Jahres erfolgte Inkrafttreten der erhöhten Sätze ganz rapid gestiegen; gegen M. 10 209 im vorigen Jahre erforderlich ist diesmal M. 23 216. Davon entfallen M. 1619 auf die Aufenthaltsunterstützung, welche insgesamt an 1198 Empfänger, und zwar an 81 je für drei Tage, an 264 je für zwei Tage und an 849 je für einen Tag gewährt worden ist. Von den Empfängern der Aufenthaltsunterstützung entfallen auf die in Betracht kommenden Zahlstellen: Berlin 198, Breslau 10, Dresden 81, Hamburg 188, Köln 93, Leipzig 66, München 74, Bremen 14, Chemnitz 17, Düsseldorf 89, Ebersfeld 89, Frankfurt 87, Halle 41, Hannover 25, Königsberg —, Magdeburg 23, Nürnberg 67, Stettin 9, Stralburg 29, Stuttgart 57.

Die erstmals in der Abrechnung erscheinende Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von M. 25 618, welche an 1639 Empfänger für insgesamt 18 973 arbeitslose Tage ausgezahlt worden sind. Wie diese Unterstützung und die Empfänger sich auf die einzelnen Berufe und die nach der Dauer der Mitgliedschaft der Unterstützten eingeteilten Klassen verteilen, ist in der beigefügten Tabelle übersichtlich dargestellt.

Die Umzugsunterstützung vermehrte sich gegen das gleiche Quartal des Vorjahres von M. 4452 auf M. 5504, die höchste bisher erreichte Summe. Das Sterbegeld stieg von M. 8975 auf M. 5742, die Reisekostenunterstützung von M. 782 auf M. 1415, welche beiden Summen ebenfalls noch in keinem früheren Quartal erreicht wurden.

Dagegen verringerte sich die Ausgabe für Streikunterstützung gegen das Vorjahr von M. 121 050 auf M. 104 818, ebenso für Gemeinnützigkeitsunterstützung von M. 6052 auf M. 4175, für Rechtschutz von M. 8006 auf M. 2048.

Der Verbandstag in Leipzig verursachte eine Ausgabe von M. 9648, das sind M. 2231 weniger als die Kosten des Mainzer Verbandstages, welche M. 11 879 betragen.

Die Bilanz schließt mit einer Mehreinnahme von M. 59 311 ab, gegenüber einer solchen von M. 161 245 im ersten Quartal dieses Jahres und von M. 38 989 im zweiten Quartal des Vorjahres. Auf den Fonds für die Arbeitslosenunterstützung entfallen von der Einnahme M. 106 618,40 (1 064 184 Beiträge & 10 A), nach Abzug der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung noch M. 81 000,27. Da der erzielte Ueberschuß jedoch nur M. 59 311 beträgt, so haben die übrigen Ausgabenposten in Wirklichkeit eine Mehrausgabe von M. 21 688 erfordert.

Der Kassenbestand der Verbandskasse hat nunmehr die erste Million überschritten. Von M. 614 396 im zweiten Quartal des Vorjahres respektive M. 988 879 im ersten Quartal dieses Jahres ist er auf M. 1 047 691 gestiegen, wovon M. 449 069 auf den Fonds für die Arbeitslosenunterstützung entfallen.

Beruf	Reiseunterstützung																									
	Nach dem alten Statut					Nach dem neuen Statut																				
	Klasse I (52 Beiträge — M. 30)		Klasse II (104 Beiträge — M. 42)		Klasse III (156 Beiträge — M. 48)		Klasse IV (208 Beiträge — M. 64)		Klasse V (260 Beiträge — M. 60)		Insgesamt		Durchschnitt pro Empfänger													
Leichter	880	1214	12	1218	9581	—	475	3945	72	245	1928	60	103	792	46	209	1581	81	2625	18943	21	7	22			
Drechsler	88	132	18	98	1058	81	88	861	74	18	168	91	9	116	51	15	96	65	206	1934	30	9	39			
Büchsenmacher	4	10	45	10	111	33	7	75	98	2	19	8	2	18	82	7	44	64	32	279	80	8	74			
Korbmacher	13	41	51	22	164	92	14	73	79	11	42	44	4	80	42	4	24	88	68	377	96	5	56			
Korbschneider	1	2	75	—	—	—	3	10	50	1	7	94	—	—	—	—	—	—	6	211	19	4	24			
Stellmacher	19	58	84	54	474	33	13	99	76	12	122	72	7	28	60	6	86	94	111	821	21	7	40			
Maschinenarbeiter	5	14	99	20	109	33	2	17	21	—	—	—	2	14	96	2	37	11	81	193	60	6	25			
Hilfsarbeiter	2	9	50	7	22	64	2	11	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	43	88	3	99			
Diverse	1	5	60	1	2	—	—	—	—	2	18	25	—	—	—	4	10	50	8	30	25	3	78			
Männliche zusammen	458	1490	16	1425	11472	86	549	4596	14	291	2302	94	127	1001	27	247	1782	3	3097	22645	40	7	31			
Weibliche Mitglieder	—	—	—	1	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	50	—	50			
Insgesamt ...	458	1490	16	1425	11472	86	549	4596	14	291	2302	94	127	1001	27	247	1782	3	3098	22645	90	7	31			
Hierzu Mitglieder ausländischer Verbände																						165	570	40	3	46
Summa ...																						3263	22216	30	7	11

Beruf	Arbeitslosenunterstützung										Dauer der Arbeitslosigkeit der Unterstützten (einschl. der Karenzwoche)												
	Klasse I (52 Beiträge — M. 30)					Klasse II (104 Beiträge — M. 42)					Insgesamt		Durchschnitt pro Empfänger		über 1 bis 6 Wochen								
	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	Empfänger	Tage	über 1 bis 6 Wochen	über 7 bis 12 Wochen	über 13 bis 18 Wochen	über 19 bis 24 Wochen	über 25 bis 30 Wochen	über 31 bis 36 Wochen	über 37 bis 42 Wochen	über 43 bis 48 Wochen	über 49 bis 54 Wochen
Leichter	869	4077	232	2605	188	1984	176	2084	465	5323	1425	16033	21642	19	11,8	15	19	556	415	209	123	57	65
Drechsler	82	453	20	298	20	288	19	341	31	525	122	1900	2557	8	15,6	20	98	87	25	18	16	12	14
Büchsenmacher	—	—	2	23	1	15	—	—	1	18	4	56	76	85	14,0	19	21	1	—	2	1	—	—
Korbmacher	1	8	1	6	2	19	1	5	2	28	7	61	89	52	8,7	12	79	4	1	2	—	—	—
Korbschneider	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stellmacher	8	91	4	70	4	46	1	3	6	92	23	302	390	35	18,1	16	97	7	6	4	3	3	
Maschinenarbeiter	11	75	6	19	3	64	9	114	7	50	30	322	498	2	8,9	12	11	20	9	8	1	1	
Hilfsarbeiter	4	45	2	24	—	—	—	—	2	25	8	94	114	67	11,8	14	33	2	2	4	—	—	—
Diverse	2	18	—	1	18	1	36	8	129	13	201	309	50	15,5	23	81	5	2	2	1	1	2	
Männliche zusammen	428	4762	267	3045	214	2409	207	2568	522	6190	1638	18969	25618	18	11,6	15	64	632	460	244	145	74	83
Weibliche Mitglieder	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	2	4,0	2	—	1	—	—	—	—	—
Insgesamt ...	429	4766	267	3045	214	2409	207	2568	522	6190	1639	18970	25618	19	11,6	15	63	633	460	244	145	74	83

Stuttgart, 5. November 1904. Der Verbandsvorstand.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1904.

Gau	Zahl der Mitglieder	Arbeitslose Mitglieder am Orte					Zahl der Mitglieder am 31. Oktober	Unterstützung haben erhalten									
		vom vorigen Monat		Zugang in diesem Monat		Gesamtzahl		Arbeitslose am Orte					auf der Reise				
		am 1. Okt.	am 31. Okt.	am 1. Okt.	am 31. Okt.	am 31. Okt.		Mitgl.	Tage	M.	A.	Mitgl.	Tage	M.	A.		
Danzig	28	2316	17	68	80	22	5	25	161	224	48	52	85	80	45	1	
Breslau	30	4823	8	87	95	35	4	21	108	156	33	44	93	85	44	3	
Moskau	16	1518	22	105	127	29	5	24	109	149	6	88	141	130	2	1	
Moskau	70	28409	258	1715	1973	505	15	482	4245	6756	18	303	474	453	86	6	
Berlin	30	6778	56	358	414	97	5	52	344	424	8	100	175	162	89	—	
Dresden	38	5846	53	235	288	67	4	89	708	947	96	233	312	298	54	1	
Leipzig	47	6042	11	19	30	6	24	15	77	90	57	151	179	165	29	1	
Chemnitz	31	2164	12	26	38	10	3	12	140	218	35	125	163	156	88	3	
Erfurt	26	3124	19	49	68	20	15	18	115	168	21	237	298	289	94	4	
Magdeburg	25	5200	27	352	379	61	88	41	251	320	54	322	472	444	74	5	
Hannover	22	6678	68	562	630	123	13	248	2541	3405	11	299	457	428	1	1	
Hamburg	19	1794	12	19	31	8	4	8	87	161	87	155	208	195	55	2	
Kiel	15	2801	3	74	77	16	14	13	72	100	84	161	273	261	22	3	
Bremen	48	6488	24	181	205	27	15	8	36	44	41	867	578	540	13	5	
Ebersfeld	51	7155	28	173	201	88	19	23	201	280	74	420	620	612	44	8	
Frankfurt	20	4776	27	60	87	37	8	40	378	501	89	178	396	387	13	2	
Nürnberg	27	3389	49	205	254	112	9	81	794	1118	42	174	327	328	19	1	
München	64	5496	4	23	27	18	7	19	198	286	85	352	564	509	41	7	
Stuttgart	—	608	—	1	1	—	—	—	12	18	7	9	17	16	—	—	
Monat Oktober ...	597	99898	698	4307	5005	1226	207	1218	10577	15384	41	8770	5832	5546	13	49	
September	616	93519	526	3941	4467	774	203	679	4735	4902	70	4074	6293	6566	53	25	
August	600	94418	825	3548	4373	510	243	994	6088	9018	25	5520	8506	8643	52	35	
Juli	585	92260	843	2673	3516	700	256	1503	7988	13453	43	6211					

Schluss kam Medner noch auf die Erfolge des Holzarbeiterverbandes zu sprechen, und forderte die indifferenten Kollegen auf, sich dem Holzarbeiterverbande, welcher jetzt schon bereits circa 100 000 Mitglieder zählt, anzuschließen. Zur Diskussion hatte sich ein Medner gemeldet, welcher sein Bedauern darüber aussprach, daß von den ungefähr 8000 hier beschäftigten Arbeitern nur circa 30 organisiert seien. Der Vorsitzende appellierte an die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen; jeder solle seiner Berufsorganisation beitreten, insbesondere die anwesenden Holzarbeiter sollen sich dem Holzarbeiterverbande anschließen, damit auch hier einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden können. Der einzelne sei dem Unternehmer gegenüber machtlos; jeder Versuch, auf eigene Faust sich seine Lage zu verbessern, endet in der Regel mit einer Niederlage. Deshalb sei auch der Beitritt zu einer Gewerkschaft eine Lebensnotwendigkeit für jeden Arbeiter. Nachdem noch eine Anzahl Aufnahmescheine verteilt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Glogau. Wenn wir die Spalten unserer Zeitung in Anspruch nehmen, so sind es leider meist keine erfreulichen Mitteilungen, welche wir zu machen haben. Betrachtet man die hiesigen Tischler, so muß man staunen, wie solch eine Interesselosigkeit möglich ist, welche die selten günstige Konjunktur nicht auszunutzen versteht. Da macht er nun einen guten Eindruck, daß der Gewerbeverein der Tischler sich zu einer rettenden Tat aufgeschwungen hat. Viele, viele Jahre hat man nichts von den „Girsch“-Löhnen gehört, höchstens einmal, daß dieselben wieder einmal ein Stiftungsfest feiern. Aber jetzt legen sie sich mächtig in die Riemen, um zu zeigen, daß sie auch noch da sind. Auf der letzten Quartalsversammlung der Tischlerinnung stand ein Antrag des Gesellenausschusses betreffs Regelung der Arbeitszeit auf der Tagesordnung, und ferner Besprechung einer Resolution des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins. Bei der ersteren Sache wurde beschlossen, in den Werkstätten, wo die zehnstündige Arbeitszeit noch nicht besteht, dieselbe einzuführen und für Ueberstunden 6 Pfennig Aufschlag zu zahlen. Nun wurde die Resolution der „Girsch“ zur Kenntnis gebracht. Man höre und staune! Beim Sommerfest der Tischlergesellen waren einige Lehrlinge dabei, und der Altgeselle hat dieselben nicht an die Luft befördert. Es wurde die fürchterliche Drohung ausgesprochen, wenn dies wieder passiere, gegen den Altgesellen, welcher nebenbei bemerkt Bevollmächtigter unserer Zahlstelle ist, und woraus sich der ganze Groll erklärt, die geeigneten Schritte zu unternehmen. Zum Ueberflus wurde noch die gänzlich unwahre Behauptung aufgestellt, derselbe habe die jungen Leute mit Bier, Schnaps und Zigarren traktiert. Nun, an einer ordentlichen Abfuhr hat es in dieser Versammlung nicht gefehlt, und vielleicht machen die „Girsch“ den Obermeister einmal darauf aufmerksam, wenn seine Lehrlinge Sonntags das Tanzbein schwingen, wie es mehrfach vorgekommen ist. Die „Girschlein“ haben aber jetzt einmal ein Lebenszeichen von sich gegeben und nun können sie sich gestrotzt hinlegen und wieder weiter schlafen. Aus ihrer Ruhe bringt dieselben nicht einmal die Tatsache, daß ihr Vereinsmitglied G. in einer von uns und dem Gewerbeverein gesperrten Werkstatt Arbeit nahm, allerdings nach Rücksprache mit den Gewerbevereinsmachern, trotzdem die Sperre noch nicht aufgehoben war und der Gewerbeverein, sowie wir, heute noch mit dem Arbeitgeber wegen kündigungsfreier Entlassung der Tischler prozessieren. Recht bezeichnend für die Lage am Orte ist ein Brief, welcher von der Innung an einen Tischlermeister gerichtet wurde mit der Mitteilung, er solle die höchsten Löhne. Was damit bezweckt wird, ist doch sonnenklar. Nun haben zwei Gesellen in der betreffenden Werkstatt 20 Wochenlohn, andere weniger, bis M. 15. Bedenkt man nun, daß diese Gesellen zum Teil eigenes Werkzeug besitzen und außerdem erste Kräfte sind, welche jahrelang in der Werkstatt arbeiten, so wird man den Lohn nicht zu hoch finden, denn Wohnungs- und Lebensmittelpreise sind wie in der Großstadt. Löhne von M. 12 bis M. 13 sind aber hier keine Seltenheit. Es ergibt sich aber hieraus, daß die hiesigen Gesellen wichtigere Sachen zu tun hätten als wie alte Kaffeejuchter über die heutige Jugend zu jammern. Wer noch nicht ganz zu denken verlernt hat, der werde Mitglied des Holzarbeiterverbandes und helfe mit daran arbeiten, auch für unseren Ort bessere Verhältnisse zu schaffen!

Landshut. Ein Musterbetrieb ist die Mausehne mit Dampfagengerät des Zimmermeisters J. Frauentnecht. Es werden dort nicht nur die schlechtesten Löhne bezahlt, sondern es herrscht auch eine Antreiberei und Wurstkerei, die seinesgleichen suchen muß. Es ist keine Seltenheit, wenn in diesem Betrieb (der auch mit Holzbearbeitungsmaschinen eingerichtet ist) die schwersten Unfälle vorkommen. Es ist in diesem Jahre außer Gliederverlusten und Verletzungen schon ein Todesfall zu verzeichnen, man mußte den Verunglückten tot vom Plage tragen. Dessenungeachtet wird weiter gewurzelt, so daß in dieser Woche schon wieder ein Unglücksfall zu verzeichnen ist. Es wäre dieser Unfall leicht zu verhüten gewesen, wenn an der Kreissäge, wo er passierte, eine sogenannte Leerschleibe angebracht gewesen wäre. Dieses war aber nicht der Fall, sondern der Riemen wurde, während alles im Betriebe stand, aufgelegt — und so geschah das Unglück. Man geht aber sehr leichtfertig darüber hinweg, es ist ja nur ein Arbeiter. Nicht so viel Zeit wird den Arbeitern gegeben, ihrem Verunglückten toten Kollegen die letzte Ehre zu erweisen. Wie es erst mit den Löhnen aussieht — o Graus! Es befinden sich sehr viele Arbeiter in diesem Betriebe, welche nur 20 1/2 pro Stunde verdienen. Die Schreiner verdienen pro Stunde 25, 28, 30 und 35 1/2. Nun ist in diesem Betriebe im Winter die achtsündige Arbeitszeit eingeführt, und was dann da noch verdient wird, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. Man ist in seiner Geldgier soweit vorgegangen und hat den Schreinerarbeitern, der schon lange Jahre diesem Arbeitgeber seine ganze Arbeitskraft gewidmet hat, aufs Pflaster geworfen. Warum? Weil er noch 38 1/2 Stundenlohn hatte! Nun ist man auf der Suche nach einem anderen Vorarbeiter und hat schon Passau, Straubing und Nürnberg nach einem solchen um 35 1/2 Stundenlohn abgeköpft, bis jetzt aber ohne Erfolg. Des weiteren müßte man dem neuen Vorarbeiter für die 35 1/2 pro Stunde noch zu, an fünf Gehülften die Arbeit auszugeben, dieselben zu beaufsichtigen und selber noch an der Hobelbank zu stehen und zu schäufen, und dann zur Winterarbeitszeit

mit M. 2,80 pro Tag heimzugehen. Herrn Frauentnecht müßten wir aber zu denken geben, wie er vor Jahren aus der Schweiz nach Landshut gekommen ist, durch wen er hoch gekommen und es zu einem vermögenden Manne gebracht hat. Nur durch die Ausbeutung seiner Arbeiter. Die Kollegen allerorts müßten wir warnen, auf die Annonce einzugehen, da die Verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. Den hiesigen Kollegen aber rufen wir zu: Organisiert Euch im Deutschen Holzarbeiterverband! Besucht die Versammlungen gut, daß auch wir hier endlich einmal die schlechten nicht menschenwürdigen Verhältnisse ändern können!

Nordensham. In der Mitgliederversammlung am 6. November wurde über den Tischlermeister Nig in Alens Lage geführt, daß derselbe seinen Leuten nicht die vereinbarte Abschlagszahlung leistet. Auch sind die Alfordpreise so gestellt, daß es nicht möglich ist, daß ein tüchtiger Geselle auf einen Stundenlohn von 35 1/2 kommt, was bei den teuren Verhältnissen, die hier herrschen, wohl zu beachten ist. Auch wurde das Verhalten des Werkführers Woffe gerügt. Am 6. November wurde eine Kommission bei Herrn Nig bestellt. Er versprach, bei jeder Alfordarbeit seinen Leuten einen Stundenlohn von mindestens 35 1/2 zu garantieren. Auch wollte er den Werkführer über sein Verhalten zur Rede stellen. Damit war die Sache erledigt. An den dort arbeitenden Kollegen liegt es nun, diesen Erfolg hoch zu halten. Da wir hier einen Arbeitsnachweis errichtet haben, bitten wir alle durchreisenden Kollegen, das Anschauen streng zu vermeiden, vielmehr erst in unserem Verkehrslokal bei Ww. Tappferwein, Herbarstraße, anzufragen.

Posen. Am 23. Oktober fand hier selbst im Lokale des Herrn Sommer eine öffentliche Versammlung der Tischler und verwandten Berufe statt, in welcher Kollege Güthig aus Danzig über die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und über die Notwendigkeit der Organisation sprach. Das Lebensinteresse der Unternehmer erfordere es, daß dieselben es versuchen, mit allen Mitteln durchzusetzen, um in den Besitz billiger Arbeitskräfte zu gelangen. Andererseits ist es Pflicht und das vollständige Recht des Arbeiters, für die Besserstellung seiner Lage einzutreten, indem derselbe bestrebt ist seine Arbeitskraft nicht zu billiger Preise zu verschleudern und durch Verkürzung der Arbeitszeit für die Erhaltung seiner Gesundheit zu sorgen. Deshalb ist auch die Verkürzung der Arbeitszeit das vornehmste Ziel, das sich die Organisation gestellt hat. Mit der Zeit sind nun die Arbeiter zu der Einsicht gekommen, daß durch das Vorgehen der einzelnen die Lage einer ganzen Kategorie von Arbeitern nicht gebessert werden kann. Aus diesem Grunde haben auch die Gewerkschaften in den letzten Jahren solch einen Aufschwung genommen. Doch auch die Unternehmer sind nicht untätig geblieben; auch sie haben sich zusammengeschlossen. Und da die Position des Unternehmers vermöglicher ist als die der zersplitterten Arbeitnehmer, so ist es doppelt Pflicht eines jeden Arbeiters, für einen festeren Zusammenschluß in der Organisation zu sorgen. Es ist bekannt, daß die Unternehmer nur die Solidarität der Arbeiter fürchten und nicht den Geldbeutel der Gewerkschaften, denn durch das gemeinsame, ausdauernde Vorgehen sind die Arbeiter tatsächlich unbezwingbar, da von ihnen, ob sie geistig oder körperlich arbeiten, aller Fortschritt und Kultur abhängt. Auch die kleinste Forderung der Arbeiter, möge sie noch so berechtigt sein, wird von den Unternehmern als Fribol bezeichnet, und der Vater Staat ist nicht, wie es wohl selbstverständlich wäre, auf Seiten des wirtschaftlich Schwächeren zu finden, sondern hilft dem Stärkeren, indem er u. a. Streikposten glatt von der Straße herabschafft und so die Arbeiter in der vollberechtigten Ausübung des Koalitionsrechts, welches ihnen von demselben Staate zugesagt ist, hindert. Dies bei einem Vorgehen der Arbeiter. Wenn es den Unternehmern aber paßt, Hunderte von Arbeitern brotlos zu machen, Leute, die jahrelang ihre Arbeitskraft ihnen geopfert haben, auszusperrern, dann kommt wiederum Vater Staat und sagt, dies sei vollständig in der Ordnung, weil ja der Staat nur die Interessenvertretung der Unternehmer ist. Medner forderte alle Holzarbeiter Posens zum Zusammenschluß in der Organisation auf. Auch müßte ein jeder organisierter Arbeiter seine Familie, Frau wie Kinder, über die Ziele der Organisation aufklären. Gätten die Arbeiter erjt die Jugend gewonnen, so haben sie auch die ganze Welt. Während der Lebensunterhalt des Arbeiters fortwährend in die Höhe geschraubt wird, ist sein Lohn in derselben Zeit nur unbedeutend gestiegen. Alle diese Zustände finden nur Abhilfe durch eine gefestigte Gewerkschaft, wozu das Gesamtinteresse aller Arbeiter gehört. Wohlverdienter Beifall der Versammlung folgte den Ausführungen des Referenten. Weiter mußte sich die Versammlung mit der Stellungnahme gegenüber der Christlichen Gewerkschaft der Holzarbeiter befassen. Anlaß zu diesem war folgendes: Am 1. Januar 1905 ist der bis 1. April 1905 gültige Arbeitsvertrag der Möbeltischler zu kündigen. Wie bekannt, gehörten die im Jahre 1903 in eine Lohnbewegung getretenen Möbeltischler dem christlichen Verbands an. Der Vertrag, welcher wirklich nicht eine so eminente Aufbesserung der Lage der Posener Möbeltischler bedeutete, wie damals von den Christlichen in alle Welt hinausposaunt wurde, war bis zum 1. April 1904 abgeschlossen. Selbstverständlich hat die christliche Gewerkschaft versessen, für das Jahr 1904 den Vertrag zu kündigen, und sie will wohl auch dasselbe für 1905 tun. Aus diesem Grunde wandte sich im Interesse der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Möbeltischler die Lokalverwaltung des Letzteren an die christliche Gewerkschaft hier selbst mit einem Schreiben, worin dieselbe ersucht wurde um Anberaumung einer beiderseitigen Kommissionsitzung zwecks Beratung für die bevorstehende Kündigung des Möbeltischlervertrages. Das Verhalten der Lokalverwaltung in dieser Sache kann doch nur eine korrektes genannt werden, da dasselbe ein einmütiges Vorgehen der beiden Organisationen bezweckte. Nichtsdestoweniger fühlten sich die christlichen Herren berufen, in einem Schreiben mitzutheilen, daß jede Organisation für sich selbst arbeiten und auch den Vertrag kündigen möge. Nach erfolgter Kündigung wäre es immer noch Zeit, in beiderseitiger Kommissionsberatung einzutreten. Beide Schreiben wurden der Versammlung vorgelesen und drückte dieselbe ihr größtes Mißfallen über die Abgabe der christlichen Verwaltung aus. Im Anschluß an die darauf folgende Diskussion wurde einstimmig von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 23. Oktober, im Sommerlokal tagende

öffentliche Versammlung der Tischler und verwandten Berufe protestiert energisch gegen das Verhalten des christlichen Holzarbeiterverbandes, welcher bei Lohnbewegungen das getrennte Vorgehen der hier am Orte bestehenden Organisationen empfiehlt. Die Versammlung verlangt deshalb, in Anbetracht des jetzt ablaufenden Vertrages der Möbeltischler, die Lokalverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes möge sich nochmals, zum letzten Male, schriftlich an die hiesige christliche Gewerkschaft wenden, um diese zu veranlassen, mit dem Holzarbeiterverband gemeinschaftlich die Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Posener Möbeltischler zu betreiben. Sollte die christliche Gewerkschaft auf ihrem ausgeprochenen Standpunkt beharren, so ermächtigt die Versammlung das heute gewählte Bureau, dieses durch Flugblätter allen Posener Holzarbeitern bekannt zu geben. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, daß nur im Anschluß an den deutschen Holzarbeiterverband es möglich sei, die wirtschaftliche Lage der gesamten Holzarbeiter Posens wirksam zu heben, da die christliche Gewerkschaft nach dem Streik der Möbeltischler in Posen wenig unternommen hat, um auch nur annähernd im Verhältnis zu den stetig steigenden Lebensunterhaltungskosten die Lage der Holzarbeiter zu bessern.“ Kollege Güthig ergriff dann noch das Schlusswort, wobei derselbe die Ausführungen verschiedener Diskussionsredner beleuchtete, worauf die gut besuchte Versammlung vom Kollegen Matuzzewski mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband geschlossen wurde.

Wieschen. Am 6. d. M. fand hier eine zweite stark besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, worin den „Christlichen“ die Antwort auf die schändlichen Angriffe gegeben wurde, die sie vor 14 Tagen gegen die freien Gewerkschaften gerichtet hatten. Aus der ganzen Umgegend hatten sich die „Christlichen“ ihre Getreuen zusammengezogen, z. B. aus W. Gladbach und Rheind. Ja sogar hatten sie sich von Köln ihren Zentralvorsitzenden und noch eine zweite „Größe“ kommen lassen, um die freien Gewerkschaften tot zu reden. Der Herr aus W. Gladbach, der vor 14 Tagen wohl Behauptungen und Beschuldigungen vorzubringen wußte, war nicht erschienen. Wesentlich war es vor 14 Tagen nicht möglich, die Antwort zu geben, weil die „christliche Sprengkolonne“ durch ihren Raub die Versammlung zur polizeilichen Auflösung gebracht hatte. In dieser zweiten Versammlung rechnete zunächst Kollege Wuse aus Köln in einem zweistündigen Vortrage gründlich ab mit den Gewerkschafts- und Zentrumschriften. Einleitend wies der Medner darauf hin, daß die vorige Versammlung den Zweck gehabt habe, die Wiesener Kollegen über die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Wert der Organisation aufzuklären, damit sie sich besser Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen sollten. Dieses sei im Interesse der Kollegen und ihrer Familie unbedingt notwendig. Ferner zeigte er, daß es nicht, wie von den „Christlichen“ behauptet wurde, die Sozialdemokraten, sondern Zentrumsleute gewesen seien, die die Zersplitterung in die Gewerkschaftsbewegung getragen hatten. An zahlreichen Stellen wurde bewiesen, daß die Zentrumspresse es selber zugäbe, daß „christliche“ Gewerkschaften im Interesse der Zentrumspartei gegründet seien. Auch wurde den „Christlichen“, die sich so gerne über den Terrorismus der freien Gewerkschaften beklagten, bewiesen, daß sie sich sehr oft Terrorismus gräßlicher Art gegen die freien Gewerkschaften zu schulden kommen ließen. Nachdem der Medner die laienhaften Gewerkschaften gezeigt und an der Hand von Gerichtsurteilen festgestellt hatte, daß auch im christlichen Lager sich Leute befinden, die die Lehren des Christentums nicht befolgen, kam er zum Schluss noch auf die Mitglieder- und Massenverhältnisse der Organisationen zu sprechen. Der Deutsche Holzarbeiterverband habe in einer Woche bedeutend mehr Einnahme, als der „christliche“ Holzarbeiterverband in Haupt- und Lokalassen Vermögen habe. Die Leistungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes seien geradezu großartig, und deshalb sollten alle Kollegen sich dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen. (Beifall.) — In der Diskussion nahm zunächst Kollege Kessler das Wort, der die Bewegung in der Ehrenfelder Waggonfabrik mitgemacht hat. In seinen vorzüglichen Ausführungen brandmarkte er recht scharf den Verrat der „Christlichen“. Er war der Ansicht, daß, wenn die „Christlichen“ nicht hinter dem Rücken des Deutschen Holzarbeiterverbandes den Verrat geübt, die Arbeiter den größten Teil ihrer Forderungen durchgedrückt hätten. In Anbetracht der erbärmlichen Massenverhältnisse des „christlichen“ Verbandes sei aber die „Geldentat“ zu begreifen. (Beifall.) Aus der Versammlung heraus war ein Antrag auf 10 Minuten Redezeit eingelaufen. Herr Kurtzschewitz aus Köln war gegen diesen Antrag und verlangte für seine Person unbeschränkte Redezeit, doch wäre es sehr eigentümlich, daß Herr Kurtzschewitz an demselben Abend, wo in Köln eine Protestversammlung gegen den Verrat des „christlichen“ Verbandes getagt habe, nach der Schuhmacherversammlung gegangen sei und dort für nur 10 Minuten Redezeit für die Mitglieder der freien Gewerkschaft eingetreten sei. In Köln habe er nicht den Mut gehabt, nach der Holzarbeiterversammlung zu gehen, jetzt wolle er wohl in Wieschen sein Glück versuchen. Nachdem mehrere Medner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und der Vorsitzende einem weiteren Medner das Wort erteilt hatte, stand ein Zentrumsstadtschreiber von Wieschen auf und forderte mit lauter Stimme seine Gesinnungsgenossen auf, das Lokal zu verlassen. Hierauf entstand bei den „Christlichen“ ein großer Lärm. Da auch Kurtzschewitz nicht so viel Einfluss besaß, seine Anhänger zu beruhigen, der Tumult aber immer größer wurde, erklärte der überwiegende Beamte die Versammlung für aufgelöst. Nachdem die „Christlichen“ jetzt zweimal nacheinander durch ihren Raub die Versammlung zur polizeilichen Auflösung gebracht haben, werden wir sie zu einer weiteren Versammlung nicht mehr zulassen. Unsere Kollegen aber ersuchen wir, recht fleißig für unseren Verband zu werben, denn wenn der größte Teil der Wiesener Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband angehört, werden auch hier bald bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden können.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.
Zum Ausdruck bezw. Aussperrung auf der Waggonfabrik ist zu melden, daß, wenn sich die Direktion noch immer

